



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 19. Dezember 2014

Inhalt

- 1. Zum Jahreswechsel: 1 Jahr Große Koalition**
- 2. #NOPEGIDA - Keine Chance für Fremdenhass und Rechtspopulismus**
- 3. Neue Hoffnung für den weltweiten Klimaschutz**
- 4. Weichen für die regionale Wirtschaft stellen**
- 5. Campact stiftet durch Falschmeldung Verwirrung**



**Es treibt der Wind im Winterwalde
die Flockenherde wie ein Hirt.
Und manche Tanne ahnt, wie balde
sie fromm und lichterheilig wird.
Und lauscht hinaus den weißen Wegen,
streckt sie die Zweige hin, bereit
und wehrt dem Wind und wächst entgegen
der einen Nacht der Herrlichkeit.**

(Rainer Maria Rilke)

Das erste Jahr der Großen Koalition neigt sich dem Ende zu. Wie in jedem Jahr gab es Höhen und Tiefen, Hektik und Ruhe. Für die SPD war es ein Jahr, in dem sehr viele Herzensangelegenheiten umgesetzt werden konnten.

Wir haben bereits viel erreicht und sind die treibende Kraft in der Regierung:

- Wie lange haben wir für den **Mindestlohn** gekämpft? Jetzt haben wir ihn! 4 Millionen Menschen profitieren!
- Es gibt die **Rente mit 63**, die **Mütterrente**, eine bessere **Erwerbsminderungsrente**!
- **Wir entlasten die Kommunen**, damit sie wieder mehr Luft zum Atmen haben. Gerade aktuell um 1 Milliarde Euro jährlich für 2015 – 2016 und wir stocken den **Kita-Fonds** um 550 Millionen Euro auf.
- Es gibt eine Milliarde Euro vom Bund für die **menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung**.
- Es gibt jährlich **700 Millionen Euro für den Städtebau**.

Infobox Mindestlohn

Endlich ist Schluss mit der Ausbeutung am Arbeitsplatz! Der Mindestlohn von 8,50 Euro startet am 1. Januar 2015.

Wer sich weiter informieren möchte, kann dies bei der Mindestlohn-Hotline tun:

030 – 60280028

- Der **Bund übernimmt künftig das Bafög**: 1,2 Milliarden Euro mehr für Bildung. Geld, das die Länder aber auch hierfür verwenden müssen, darauf werden wir achten!
- Das **ElterngeldPlus** ermöglicht die bessere Vereinbarkeit von Familie und Job. Wenn Eltern in Teilzeit arbeiten, können sie künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen.
- Die **neue Familienpflegezeit** ermöglicht eine zehntägige Auszeit vom Job mit Lohnersatzleistungen.
- In zwei Schritten 5 Milliarden Euro mehr für Pflegeleistungen und 660 Millionen Euro für ein gesondertes „Pflegestellenprogramm“.
- Wir halten unser Versprechen für mehr **Zukunftsinvestitionen**. Derzeit beginnen die Verhandlungen über das 10 Milliarden Euro schwere Investitionsprogramm.

Das alles haben wir in nur einem Jahr geschafft und trotzdem machen wir keine neuen Schulden. In der vorletzten Sitzungswoche haben wir einen Haushalt ohne Neuverschuldung verabschiedet. Der erste seit 46 Jahren! Wir wollen keine neuen Schulden, die unsere Enkel zurückbezahlen müssen (die *Aktuellen Hauptstadinfos* berichteten).

Und vieles haben wir schon auf den Weg gebracht:

- Die **Frauenquote** kommt! Trotz Widerstands bis zur letzten Sekunde.
- Die **Mietpreisbremse** wird demnächst beschlossen. Sie wird Mietexzesse bei Wiedervermietungen stoppen.
- Wir werden weiter **für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt** sorgen – zum Beispiel durch Veränderungen bei den Leih- und Werkverträgen.

Die geopolitische Situation macht uns große Sorgen. In der postsowjetischen Zeit stehen sich inzwischen Putins autoritär geführtes Russland und der Westen schon fast wie im Kalten Krieg feindlich gegenüber. In der Ukraine kumuliert dieser Konflikt. Was in diesem Zusammenhang immer wieder vergessen wird, ist, dass der Westen eine nicht unerhebliche Schuld an der jetzigen Situation hat. 2007 haben die Amerikaner den ersten Anlauf gemacht, die Ukraine militärisch an die NATO und auch politisch und wirtschaftlich an den Westen zu binden. Das Russland da nicht zusehen konnte, hätte man bedenken müssen. Natürlich ist die Annexion der Krim und das Verhalten in der Ostukraine ein Verstoß gegen die nationale Souveränität und Integrität der Ukraine und damit eindeutig völkerrechtswidrig. Aber nicht vergessen sollte man auch, dass unser damaliger Außenminister Hans-Dietrich Genscher beim Abschluss der sog. 2 plus 4 Verträge erklärt hat, dass an eine Ostausdehnung der NATO nicht gedacht sei. Inzwischen sind aber nicht nur die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland, sondern u. a. Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien Mitglieder der NATO. Diese Tatsache muss man, auch wenn man die Provokationen von Putin in keinsten Weise gutheißen kann, immer mitbedenken.

Wir sind froh, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier einen hoch anerkannten Außenpolitiker haben. Er versucht seit geraumer Zeit den Konflikt zu entschärfen und kann aufgrund seiner langjährigen Erfahrung Akzeptanz sowohl auf der amerikanischen als auch russischen Seite für sich in Anspruch nehmen. Eine tragfähige Lösung in der Ukraine kann nur gefunden werden, wenn die Souveränität und Neutralität von allen Beteiligten akzeptiert wird.

Wir werden uns aber nicht auf unseren Erfolgen ausruhen und dürfen es auch nicht! Es stellen sich ganz neue Gerechtigkeitsfragen, von denen wir hier nur einige kurz anreißen wollen:

- Die Digitalisierung und ihre Folgen.
- Mehr Zeitsouveränität in einer Arbeitswelt, die ständige Verfügbarkeit erwartet.
- Arbeitnehmerrechte in einer digitalisierten Wirtschaft.
- Bildung und Qualifizierung: Was müssen junge Menschen heute lernen?
- Verknüpfung klassischer Industrie mit digitaler Technik – Industrie 4.0.
- Und was ist mit unseren Innenstädten, wenn der Einzelhandel immer mehr unter Druck gerät? Amazon, Zalando und Co. lassen grüßen.

Viele Fragen, die dringend nach Antworten verlangen. Nur eine Frage stellt sich nicht: Wollen wir die Digitalisierung der Gesellschaft? Denn die technische Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Wir müssen dieser Entwicklung einen politischen Rahmen geben und darauf achten, dass aus dem technischen Fortschritt auch ein gesellschaftlicher Fortschritt wird.

#NOPEGIDA – Keine Chance für Fremdenhass und Rechtspopulismus

Was Krieg und Vertreibung für Menschen bedeuten, ist in unseren Gedächtnissen nicht mehr sehr präsent. Deutschland hat in der jüngsten Vergangenheit solche dramatischen Ereignisse nicht erleben müssen. Es gibt allerdings viele Menschen auf dieser Welt, die dieses Glück nicht kennen. Sie haben ihre Heimat, Verwandte und ihr ganzes Hab und Gut verloren. Manche sind Monate lang auf der Flucht gewesen und sehnen sich nach Sicherheit, Frieden und Geborgenheit.

Diesen Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, sie zu unterstützen und Ihnen Schutz zu gewähren, das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Gebot der Menschlichkeit. Wir wollen das Deutschland ein weltoffenes Land bleibt und dafür werden wir uns einsetzen! Für Fremdenhass und ausländerfeindliche Hetze wie beim abscheulichen Anschlag auf die Flüchtlingsheime im fränkischen Vorrä darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben!

Viele, die nach Deutschland fliehen oder bei uns Asyl suchen, gehören einer anderen Kultur und einer anderen Religion an. Das löst bei manchen Ängste aus, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Und zwar mit einer differenzierten Debatte und konkreten Fakten. Tatsache ist: In Deutschland besteht weder die Gefahr einer Überfremdung noch der Islamisierung. Vielmehr ist unser Land auf Zuwanderung angewiesen und profitiert davon. Fakt ist, dass pro Jahr jeder Ausländer im Schnitt 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben in Deutschland einzahlt, als er an Transferleistungen erhält!

Derzeit erleben wir, wie Sorgen in der Bevölkerung durch „PEGIDA“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) und andere instrumentalisiert werden, um fremdenfeindliche Ressentiments gesellschaftsfähig zu machen. Wer wie die AfD daran mitwirkt, setzt den inneren Frieden in Deutschland aufs Spiel. Das ist verantwortungslos und macht auch deutlich: Die AfD ist keine seriöse demokratische Kraft. Wir erwarten daher von allen demokratischen Parteien, dass sie sich klar von der AfD und ihrem Rechtspopulismus abgrenzen.

Wir sind bereit, einen offenen Dialog zu führen und hoffen in diesem die diffusen und vor allem - und das muss man ganz klar sagen - unbegründeten Ängste der Demonstranten, durch Aufklärung aus der Welt zu räumen.

Neue Hoffnung für den weltweiten Klimaschutz



Letzte Woche fand [in Lima der UN-Klimagipfel](#) statt. Der Beschluss, der in Lima getroffen wurde, legt eine Grundlage für die Verhandlungen um einen neuen weltweiten Klimavertrag, der in einem Jahr in Paris verabschiedet werden soll. Dieses geplante neue Abkommen soll das bisherige Abkommen, das sogenannte Kyoto-Protokoll, ablösen.

Das geplante Abkommen soll zum ersten Mal alle Staaten beinhalten. Das wäre eine deutliche Verbesserung zum bisherigen Stand, denn dem Kyoto-Protokoll folgten zuletzt weniger als 40 Staaten, die weniger als 15 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen produzieren. Bis jetzt fallen

sogar große Industrienationen wie zum Beispiel die USA, Kanada, China, Russland und Japan nicht unter das Protokoll. Das entspricht nicht unserer Auffassung von Klimagerechtigkeit und sendet eine falsche Botschaft an alle Staaten die sich mit Engagement und Mühe beteiligen.

Die Entscheidungen, die in Lima getroffen wurden sind somit ein nötiger Schritt in die richtige Richtung. Die Beschlüsse sehen vor, dass alle Staaten individuelle Klimaschutzbeiträge vorlegen. Schon bis März 2015 sollen die ersten Staaten angeben, wie sie ihre Treibhausgas-Emissionen verringern können. Hier sind alle Staaten gefragt, sowohl die Industrie- wie auch die Entwicklungsländer, denn, so Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: Klimaschutz gelingt nur gemeinsam!

Erfolge brachte der Klimagipfel auch in Fragen der Klimafinanzierung. Das neue Abkommen soll vorsehen, dass Länder künftig ihr finanzielles Engagement stärker nach ihren individuellen wirtschaftlichen Möglichkeiten ausrichten können. In den Grünen Klimafonds haben die Staaten bereits über 10 Mrd. US Dollar eingezahlt und damit ein finanzielles Fundament des Fonds geschaffen, der Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen soll. Deutschland hatte schon im Sommer dieses Jahres als erstes Land 750 Millionen Euro für den Fonds zugesagt.

Weichen für die regionale Wirtschaft stellen

Im Koalitionsvertrag haben wir die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als zentrales und bewährtes Instrument der deutschen Regionalförderung gestärkt.

Hierdurch werden Standortnachteile in besonders strukturschwachen Regionen durch die Förderung gezielter gewerblicher Investitionen und der wirtschaftsnahen und touristischen Infrastruktur gemindert. Vor dem Hintergrund der Zukunftsdebatte zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie des Auslaufens ostspezifischer Förderinstrumente gilt es, die regionale Wirtschaftsförderung weiter auszubauen, was wir mit einem Antrag in dieser Woche unterstrichen haben.

Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 2005 um 19 % angewachsen. Die Wirtschaftskraft in Deutschland hat sich über viele Jahre im Vergleich zu anderen EU-Ländern kontinuierlich verbessert. Sie liegt je Einwohner deutlich über 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Das hat Konsequenzen, denn es fließen weniger Mittel aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nach Deutschland. Gleichzeitig sind die neuen Länder aus dem Höchstförderstatus herausgewachsen.

Mit dem [Antrag der Koalitionsfraktionen „Regionale Wirtschaftspolitik – die richtigen Weichen für die Zukunft stellen“](#) heben wir hervor, dass wir strukturschwache Regionen in Deutschland weiterhin systematisch fördern wollen. Auch mittel- und langfristig werden wir ihre Wachstumspotenziale gezielt erschließen und damit einen Beitrag für mehr Wirtschaftskraft und Beschäftigung leisten. Damit soll sich die Regionalpolitik ab 2020, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf strukturschwache Regionen konzentrieren, die es in Nord, Süd, West und Ost gibt.

Die regionalpolitische Förderung ist bis 2020 gesichert. Bleibt festzustellen: Es ist mit dem Antrag gelungen, einen zielorientierten Maßnahmenkatalog vorzulegen, der den Anforderungen strukturschwacher Regionen auch in der Zukunft nach 2020 voll entspricht.

Campact stiftet durch Falschmeldung Verwirrung

Kein Grund für Hysterie | SPD-Bundestagsfraktion steht für Veränderungen bei Investorenschutz

In dieser Woche hat die Kampagnenplattform Campact dazu aufgerufen, mit allen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion zu telefonieren und Vorbehalte gegen die Verhandlungen zu CETA und TTIP zu äußern. Diese

Kampagne hat für Verunsicherung auch innerhalb der SPD-Anhängerschaft gesorgt. Campact behauptete, der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wolle die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion noch vor Weihnachten darauf einschwören, dem kanadischen Freihandelsabkommen trotz enthaltener Investorenschiedsgerichtsverfahren zuzustimmen und in der letzten Fraktionssitzung diese Woche zur Abstimmung bewegen.

Allerdings entspricht die Darstellung von Campact nicht den Tatsachen! Es gab und gibt derzeit weder in Berlin, noch in Brüssel Abstimmungen über CETA oder TTIP. Genauso wenig waren die geplanten Freihandelsabkommen Bestandteil unserer ursprünglichen Tagesordnung. Richtig ist, dass wir uns als SPD für Veränderungen im Vertragstext einsetzen und keine Absenkung unserer Standards akzeptieren! Und solange kein endgültiger Vertrag vorliegt kann auch keine Abstimmung erfolgen.

Bei allem Wohlwollen und der Notwendigkeit, die Debatte um TTIP und CETA transparent in der Öffentlichkeit ausführlich zu diskutieren, hat Campact mit der Aktion auch für Unmut gesorgt. So wurde dazu aufgerufen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten anzurufen und deren Stellungnahmen im Internet namentlich zu veröffentlichen. Es ist das eine, uns als Abgeordnete kritisch zu befragen, aber bewusst unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls einer öffentlichen Debatte auszuliefern, stellt eine andere Qualität dar.

Um die Diskussion zu versachlichen, nachfolgend ein kurzer Überblick über den aktuellen Stand der Verhandlungen.

Es steht keine Abstimmung bevor, sondern es finden mindestens noch ein Jahr Verhandlungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene statt. Diese Verhandlungen wird die SPD-Fraktion auch nutzen, um Änderungsvorschläge einzubringen sowie über den Stand der Verhandlungen zu informieren.

Bei CETA ist der Vertragstext zwar erstellt, aber in den zuständigen Ausschüssen und im Europäischen Parlament muss dieser noch ausführlich beraten werden.

- 1.) Der zwischen Kanada und der EU fertig verhandelte Vertragstext wird derzeit auf EU-Ebene überarbeitet. Das Bundeswirtschaftsministerium bringt dabei im Rat der Handelsminister der EU insbesondere Änderungsvorschläge zu den Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) im Rahmen des Investorenschutzes ein.
- 2.) Der Rat, in dem die nationalen Regierungen vertreten sind, und das Europäische Parlament werden frühestens Ende 2015, eher Anfang/Mitte 2016 über das Abkommen entscheiden.
- 3.) Dann erst kann das Abkommen in Kraft treten, allerdings auch nur vorläufig, sollte es sich um ein gemischtes Abkommen handeln, d.h. ein Abkommen, was nicht nur die EU, sondern auch Politikbereiche der Gemeinschaftsländer betrifft. Bei einem gemischten Abkommen müssten alle 28 Mitgliedstaaten das Handelsabkommen ratifizieren. Dies würde voraussichtlich im Jahr 2017 der Fall sein.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben gemeinsame Ziele und Anforderungen an die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP formuliert, die auch für das Abkommen mit Kanada (CETA) gelten. Der Parteikonvent der SPD hat diese Ziele und Forderungen aufgegriffen und beschlossen, dass der fertige Vertrag diese Positionen inhaltlich berücksichtigen muss (http://www.spd.de/linkableblob/123688/data/20140919_ttip_anforderungen_bmwi_dgb.pdf).

Die SPD wird in den anstehenden Verhandlungen weiter für die beschlossenen Ziele bei europäischen Partnern werben und sich für die Durchsetzung einsetzen.

Sigmar Gabriel hat ebenfalls deutlich gemacht, dass am Ende der Verhandlungen ein SPD-Parteitag beziehungsweise ein Parteikonvent vor der endgültigen Abstimmung um Zustimmung gebeten wird.

Veranstaltungshinweise

Für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger veranstaltet der SPD Bezirk Hessen-Nord am Donnerstag, 15. Januar 2015, 18:00 Uhr, in Witzenhausen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „TTIP, CETA, TISA – Wachstumsmotor oder Gefahr für die Demokratie?“. Der Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel im Europäischen Parlament, Bernd Lange (MdeP), berichtet gemeinsam mit Martina Werner über den derzeitigen Stand der Verhandlungen und bietet allen Interessierten einen Einblick in den aktuellen Stand der Verhandlungen zu CETA und TTIP sowie über mögliche Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf Deutschland. Da die Raumkapazität begrenzt ist, melden Sie sich bitte bis zum 9. Januar 2015 beim SPD Bezirk Hessen-Nord an, falls Sie an dieser Veranstaltung teilnehmen möchten.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird am 23. Februar 2015 im Berliner Willy-Brandt-Haus eine Konferenz zum Thema „Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken“ organisieren. Bei dieser Veranstaltung wird unter anderem die neue zuständige EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, ein Impulsreferat halten. Weitere Referenten sind der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann und Martin Schulz als Präsident des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus schildern der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann und Eric Schweitzer, Präsident des DIHK, ihre Sichtweise zu den geplanten Freihandelsabkommen.

*Wir wünschen Euch ruhige Festtage.
Und wir bedanken uns bei Euch auch ganz herzlich für die
Unterstützung im letzten Jahr!*

Herzliche Grüße von

U. Gottschalck

Ed. Franke

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:

**Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia